

Steuertransparenz wird zur neuen Realität für Unternehmen

Der Staat will oft möglichst viel Steuersubstrat heben, und Unternehmen versuchen ihre Fiskalabgaben möglichst tief zu halten. Das ist ein klassischer Zielkonflikt mit ökonomischen, gesellschaftlichen und moralischen Parametern. Durch den sich rasant beschleunigenden Trend zu Transparenz gewinnt er an Brisanz und Dynamik. Von Peter Uebelhart

Steuern zu zahlen, ist gesellschaftliche Pflicht, Steuern zu sparen, unternehmerische Verantwortung. So einfach, wie dies klingt, ist die Realität allerdings schon lange nicht mehr. Das Spannungsfeld zwischen staatlichem Anspruch auf hohe Steuereinnahmen und zum Teil mit einigem Aufwand betriebener unternehmerischer Optimierung der Steuerlast hat sich stark akzentuiert. Viele Staaten sind auf der Suche nach zusätzlichem Steuersubstrat, weil ihre Finanzen durch die Finanz- und Wirtschaftskrise in Schieflage geraten sind. Gleichzeitig führt die gesellschaftliche und technologische Entwicklung zu immer mehr Transparenz.

In der Mühle der moralischen Empörung

Zu den neuen Realitäten gehört, dass heute auch vollkommen legale Steuerplanungsmassnahmen durch die Mühle der moralischen Empörung gedreht werden. Das geschieht mit einer räumlichen und zeitlichen Verbreitung, wie sie nur dank neuen Medien und aktiven Interessengruppen zustande kommen kann. Ein durch gezielte Leaks und mit Unterstützung von Social Media genährter Journalismus trägt zu dieser Entwicklung bei. Generell haben das Wissen und die Informationen zu Fragen der Unternehmensbesteuerung bei verschiedenen Anspruchsgruppen und in der Bevölkerung zugenommen. Das internationale Steuersystem und die Methoden zur Ausschöpfung des rechtlich abgesteckten Aktionsradius sind nicht mehr eine mysteriöse Wissenschaft einiger eingeweihter Geheim-

nisträger, sondern Gegenstand öffentlicher Debatten. Die kürzlich veröffentlichten Vereinbarungen von Gesellschaften aus verschiedenen Ländern mit den luxemburgischen Steuerbehörden haben die neuen Regeln der Transparenz aufgezeigt.

Auch in der Schweiz gab es verschiedene Beispiele, bei denen ein Graben zwischen Erwartungen der Öffentlichkeit und der Realität sichtbar wurde, auch wenn sich alles im Rahmen der geltenden Steuergesetzgebung bewegt hat. Verschiedene Interessengruppen fordern, dass Unternehmen vermehrt dazu übergehen, Steuern nicht mehr nur als zu minimierenden Kostenfaktor zu betrachten, sondern als «Dividende an die Gesellschaft». Dies ist meiner Meinung nach eine interessante Betrachtungsweise, die in steuerliche Kommunikationsstrategien einfließen sollte. Einige ausländische Unternehmen sind bereits proaktiv dazu übergegangen, den neuen Trend profilbildend zu nutzen und viel detaillierter über ihre Steuerzahlungen und ihre Steuerstrategie zu berichten, als dies Gesetz und Rechnungslegungsstandards verlangen. Ich denke, der Ansatz könnte Schule machen.

Die bereits absehbaren gesetzlichen und regulatorischen Entwicklungen werden keine Trendumkehr mit sich bringen. Im Gegenteil, die neue Transparenz wird sich verstärkt von der Ebene von Daten-Leaks, investigativem Journalismus und Aktivismus von Interessengruppen auf die Ebene von Gesetzen und internationalen Abkommen verlagern. So sieht das Übereinkommen der OECD und des Europarats über die Amtshilfe in Steuersachen den spontanen internationalen In-

formationsaustausch vor. Dieser Austausch wird ausgelöst, wenn eine Schweizer Steuerbehörde über Informationen verfügt, die mutmasslich für ausländische Steuerbehörden von Interesse sein könnten. Ebenso sieht der Beps-Aktionsplan der OECD vor, Unternehmen im Rahmen eines Länder-Reportings künftig darauf zu verpflichten, den Steuerbehörden detailliert darüber Auskunft zu geben, wo ihre Gewinne anfallen und wo sie wie viel Steuern bezahlen. Es darf erwartet werden, dass diese Informationen über kurz oder lang Teil der öffentlichen Firmenberichterstattung werden.

Verwaltungsräte im Dilemma

Die zunehmende Transparenz und die Anwendung moralischer Massstäbe auf die Steuerstruktur einer Firma bringen Verwaltungsräte und Steuerverantwortliche in ein Dilemma: Den Aktionären gegenüber sehen sie sich verpflichtet, die Steuerlast durch legale Steuerplanung möglichst tief zu halten. Gleichzeitig sind sie mit Interessengruppen konfrontiert, die vom Unternehmen einen auf wenig fassbare moralische Kriterien abgestützten «fairen» Beitrag einfordern. Erschwerend kommt hinzu, dass sich diese moralische Perspektive über die Zeit verändert. Eine tiefere Auseinandersetzung mit diesen neuen Massstäben der Steuerplanung wird für Verwaltungsräte unabdingbar werden.

Was wird das alles bedeuten? Erstens sollten sich Unternehmen darauf einstellen, dass es de facto keine Vertraulichkeit in Steuerangelegenhei-

ten mehr geben wird. Aspekte der Steuerstruktur einer Firma können jederzeit an die Öffentlichkeit gelangen. Dennoch sollten Steuerrulings durch Behörden nicht systematisch veröffentlicht werden, da Unternehmen sehr oft in ihren Anfragen wesentliche Aspekte der Geschäftsstrategie offenlegen müssen. Rulings schaffen Rechtssicherheit und sollten deshalb unbedingt beibehalten werden.

Zweitens wird sich die Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit und den Steuerbehörden erhöhen, und diese werden mit entsprechenden Forderungen an Unternehmen herantreten. Steuerplanung, welche die Verantwortung eines Unternehmens der Gesellschaft gegenüber ernst nimmt, wird unumgänglich werden. Die Kommunikation einer solchen Steuerplanung kann für Unternehmen auch Chancen zur Differenzierung eröffnen.

Drittens ist absehbar, dass es (noch) wichtiger wird, ob die Strukturen eines Unternehmens über Substanz verfügen und wo die Schlüsselfunktionen ausgeübt werden. Das kann für die Schweiz im internationalen Standortwettbewerb auch durch eine Chance sein.

Das Zeitalter der Transparenz in Steuerfragen kommt schneller als erwartet. Dennoch muss es Unternehmen auch in Zukunft möglich sein, Steuerplanung zu betreiben. Sie sind allerdings gut beraten, sich auf die neue Transparenz und die neue moralische Dimension einzustellen und diese bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen.

.....
Peter Uebelhart ist Leiter Steuern und Mitglied der Geschäftsleitung der Prüf- und Beratungsgesellschaft KPMG Schweiz.